

**Vorlage für das Plenum
der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013“
am 24. Februar 2014**

Der Ausbildungsmarkt im Land Bremen

Die Ende 2010 getroffene Vereinbarung zur Stärkung des Ausbildungssystems in Bremen und Bremerhaven mit einer Laufzeit bis 2013 umfasst im Wesentlichen zwei Ziele: die **Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze** und – im Gegenzug – die **Begrenzung der Plätze im Übergangssystem** auf das notwendige Angebot. Im letzten Jahr kam – insbesondere mit Blick auf die Verabredungen fünf bis sieben – als weiteres übergreifendes Ziel die Verbesserung des sogenannten „**Matching**“ hinzu, also der besseren Abstimmung von Ausbildungswünschen und Ausbildungsplätzen aufeinander.

Die Partner des Paktes tragen zur Jahresbilanz Daten aus unterschiedlichen offiziellen Statistiken und eigenen Erhebungen zusammen, um sich einen Überblick über den Ausbildungsmarkt im Land Bremen zu verschaffen. Auf dieser Grundlage bewerten sie die bremische Ausbildungssituation und kommen zu den folgenden Ergebnissen.

1. Die Situation am Ausbildungsmarkt

- Im Jahr 2013 zeigen knapp 7.100 besetzte Ausbildungsplätze, darunter gut 5.900 Ausbildungsverhältnisse nach BBiG/HwO weiter ein hohes Angebotsniveau. Von 2011 bis 2013 haben die Partner der Wirtschaft kontinuierlich jahresdurchschnittlich 330 neue Ausbildungsbetriebe gewonnen und 400 neue Ausbildungsplätze akquiriert. Es ist aber auf der anderen Seite nicht gelungen, den Verlust an Ausbildungsbetrieben und -plätzen dadurch vollständig zu kompensieren.
- Die Gesamtzahl der besetzten Ausbildungsplätze ist in der Laufzeit der Vereinbarungen insgesamt um 6,3 Prozent gesunken. Damit konnte das Ziel, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht erreicht werden.
- Der Anteil der aus dem Umland einpendelnden Jugendlichen ist in beiden Städten hoch und liegt bei den von den zuständigen Kammern eingetragenen Ausbildungsverträgen im gesamten Vereinbarungszeitraum durchschnittlich bei 40 Prozent.

- Jugendlichen aus den allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen gelingt der direkte Übergang in duale Ausbildung nur selten. Nach dem 10. Jahrgang wechseln in Bremen Stadt nur 10 Prozent, in Bremerhaven nur 5 Prozent der Absolventinnen und Absolventen direkt in eine duale berufsbildende Schule.
- Die Ausbildungsstellenmarkt看bilanz der Agentur für Arbeit ist eine Geschäftsstatistik. Sie spiegelt die Einschaltung der Agentur für Arbeit durch Jugendliche und Firmen wider, liefert aber kein vollständiges Bild des Ausbildungsmarktes ab. Auf der Angebotsseite bildet sie die Unternehmen ab, die bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen die Vermittlungstätigkeiten der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen. Auf der Nachfrageseite wurden im Jahr 2013 insgesamt 4.765 Jugendliche, darunter 2.200 der aktuellen Schulabsolventinnen und Absolventen im Land Bremen, von der Agentur für Arbeit bei der Bewerbung um eine Ausbildungsstelle unterstützt. Die Zahl der bremischen Ausbildungssuchenden und der Bewerberinnen und Bewerber aus dem Umland liegt aber deutlich darüber.
- Die Zahl der bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber, deren allgemeinbildender Schulabschluss ein oder mehr Jahre zurückliegt, liegt seit Jahren fast unverändert hoch bei 2.600 jungen Männern und Frauen. Fast 54 % dieser Jugendlichen haben nach Klasse 10 an berufsvorbereitenden Bildungsgängen an den Berufsbildenden Schulen des Landes teilgenommen. Über 50 Prozent der erfassten Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, sind älter als 20 Jahre.

2. Übergangssystem

- Die Partner haben sich im Vereinbarungszeitraum intensiv mit dem Übergangssystem befasst. Neben einer Umstrukturierung der schulischen Bildungsgänge war ein weiterer wichtiger Schritt eine erste Einigung der Partner darüber, welche Bildungsgänge dem sogenannten „Übergangssystem“ zuzuordnen sind.
- Dadurch konnte erreicht werden, dass ein Teil des quantitativen Potenzials an Jugendlichen bereits deutlich wird, das für eine Ausbildung gewonnen werden könnte. In einem zweiten Schritt wird eine Einigung darüber angestrebt, welche weiteren Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen dem Übergangssystem zuzurechnen sind, um auch das restliche Potenzial zu erschließen.
- Es wurde zudem eine Grundlage gelegt, um in einem nächsten Schritt die Maßnahmen auf ihre Übergangsergebnisse, Durchlässigkeit und Abschlussbezogenheit hin

bewerten zu können und zu definieren, welche Maßnahmetypen qualitativ den Bedarfen entsprechen und in welchen Mengengerüsten sie quantitativ notwendig sind.

3. Matching

- Die Partner haben erst begonnen, sich mit dem Problem eines veränderten Matching auseinanderzusetzen.
- Die Partner sind sich in der Beurteilung einig, dass die bisher entwickelten Instrumente richtig und zukunftsweisend sind: Eine frühe und systematische Berufsorientierung und eine flächendeckende Potenzialanalyse. Dazu gehört eine im allgemeinbildenden Schulsystem beginnende feste Zusammenarbeit.
- Die Daten zeigen aber auch deutlichen Handlungsbedarf auf. Die Grundlagen für flächendeckende Potenzialanalysen sind geschaffen worden. Über die Frage, ob eine flächendeckende Umsetzung erreicht wurde, konnte kein Konsens erzielt werden.
- Im Verabredungszeitraum sind nur ca. 40 Prozent der jährlich über die Agentur für Arbeit suchenden Jugendlichen direkt in eine duale Ausbildung und nur etwa ein Drittel in eine ungeforderte betriebliche Ausbildung eingemündet.

Fazit

Die Zusammenarbeit der Unterzeichner/-innen der Bremer Vereinbarungen war erfolgreich. In Land Bremen lässt sich – gerade im Vergleich zu den Entwicklungen in anderen Bundesländern – eine hohe Ausbildungsbetriebsquote feststellen. Die Zahl der Ausbildungsplätze konnte auf bundesüberdurchschnittlichem Niveau gehalten werden.

Die Analyse der Daten zeigt jedoch auch, dass die drei Hauptziele nicht in einem befriedigenden Maße erreicht werden konnten:

Die Gründe für die Entwicklung im Land Bremen sind sicherlich vielfältig. Die besondere wirtschaftliche Situation Bremerhavens, die Attraktivität Bremens und Bremerhavens als Oberzentren, durch die viele Jugendliche aus dem Umland Ausbildungsplätze in den Städten besetzen, der hohe Anteil von Jugendlichen aus Risikolagen mit

oft schlechteren Bildungschancen – all dies sind Einflussfaktoren, die bei der gemeinsamen Arbeit beachtet werden müssen.

Die Partner sehen daher die Notwendigkeit, zukünftig stärker als bisher auf eine strukturelle und nachhaltig abgestimmte Zusammenarbeit zu setzen.

Wenn die Lücke zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage trotz aller Bemühungen der Partner weiterhin problematische Ausmaße zeigt, muss über alternative Angebote nachgedacht werden, um der Nachfrage besser zu entsprechen. Ein erster Austausch dazu soll im Rahmen der Plenumsitzung der Partner stattfinden.